

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (6. Ausschuss)

zu dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 14/25

A. Problem

In dem Organstreitverfahren mit Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung 2 BvE 14/25 wendet sich die Fraktion der AfD gegen den Beschluss des Ältestenrates des Deutschen Bundestages vom 22. Mai 2025, mit dem der Bundestagssitzungssaal 3S-001 und der Raum 3S-008 als Fraktionssitzungssaal an die SPD-Fraktion vergeben wurden. Die Antragstellerin sieht sich in ihrem Recht auf Gleichbehandlung sowie auf faire Anwendung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages aus Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes verletzt.

Antragsgegner sind der Deutsche Bundestag, der Ältestenrat des Deutschen Bundestages und die Präsidentin des Deutschen Bundestages.

B. Lösung

Der Rechtsausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD, in dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 14/25 eine Stellungnahme abzugeben und die Präsidentin zu bitten, eine Prozessbevollmächtigte oder einen Prozessbevollmächtigten zu bestellen.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Kosten der Prozessvertretung.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 14/25 eine Stellungnahme abzugeben sowie die Präsidentin zu bitten, eine Prozessbevollmächtigte oder einen Prozessbevollmächtigten zu bestellen.

Berlin, den 31. Juli 2025

Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Carsten Müller (Braunschweig)

Amtierender Vorsitzender

Bericht des Amtierenden Vorsitzenden des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz, Carsten Müller (Braunschweig)

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat im Umlaufverfahren am 30. Juli 2025 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD beschlossen, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, in dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 14/25 eine Stellungnahme abzugeben sowie die Präsidentin zu bitten, eine Prozessbevollmächtigte oder einen Prozessbevollmächtigten zu bestellen.

Berlin, den 31. Juli 2025

Carsten Müller (Braunschweig)

Amtierender Vorsitzender

